

Das Magazin für den  
öffentlichen Dienst

November 2018

# hauptstadt magazin

**SPD:  
Neues  
Flickwerk**



dbb  
beamtenbund  
und tarifunion  
berlin





**Liebe Leserinnen,  
liebe Leser,**

mit Besoldungsgerechtigkeit tut sich die Berliner SPD offenbar schwer. Das Ergebnis einer Klausurtagung des Landespartei Vorstandes im Oktober ist jedenfalls enttäuschend und liefert in dieser Form keinen ernsthaften Lösungsbeitrag für die gravierenden Probleme des öffentlichen Dienstes in Berlin.

Mehr Einsicht zeigte da schon die Vorsitzende der Linksfraktion, Carola Bluhm, bei einer Diskussion im Rahmen der Reihe „dbb im Dialog“.

Grundsätzlich begrüßt hat der dbb berlin demgegenüber den Entwurf einer Polizeiaufbahnverordnung, in dem es einige sinnvolle Ansätze zur zukunfts-fähigen Gestaltung des Polizeivollzugsdienstes gibt.

Aus der dbb Landesleitung stellen wir in dieser Ausgabe nicht nur die beiden stellvertretenden Landesvorsitzenden Bodo Pfalzgraf und Thomas Goiny vor, sondern auch die Vorsitzenden bzw. stellvertretenden Vorsitzenden der beratenden Ausschüsse. Diese acht Fachausschüsse und die Tarifkommission stellen mit ihrem breiten Sachwissen sicher, dass die Landesleitung stets mit fundierten Stellungnahmen zu den aktuellen und grundsätzlichen Fragen des öffentlichen Dienstes und des privatisierten Sektors aufwarten kann.

Außerdem geben wir Einblick in die schwierige Situation der Berliner Gymnasien, die u. a. mit enormen Klassenstärken und immer mehr Notbehelfen fertig werden müssen.

Zum zweiten Mal waren schließlich die „Hacker“ zu Gast beim dbb berlin, um vor Sicherheitslücken beim Gebrauch von PCs und Handys zu warnen.

Mit dem aufrichtigen Wunsch, dass Sie vor Cyber-attacken geschützt bleiben, grüßt Sie

Ihr

Frank Becker,  
Landesvorsitzender dbb berlin

## Inhalt

### Besoldung

Flickwerk bleibt Programm! 4

### dbb im Dialog

Personalentwicklung, Personalgewinnung und Personalbindung 5

### Landesleitung

Zwei Vollblutgewerkschafter 6

Fachausschüsse gewählt 8

### Laufbahnrecht

Polizeiaufbahn-VO mit situationsgerechten Änderungen 10

### Aus den Mitgliedgewerkschaften

Tag der offenen Tür der Polizei Berlin 10

Gymnasien: Viel Sand im Getriebe! 12

### IT-Sicherheit

Die „Hacker“ waren wieder da! 13

### Unterhaltung

Preisrätsel 15

### Kurz notiert

Beamte müssen remonstrieren 16

Frühstück im Bundestag 16

### Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtenbund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin.

**Redaktion:** Annemarie Wellige. **Telefon:** 030.3279520.

**Telefax:** 030.32795220. **Internet:** www.dbb.berlin.

**E-Mail:** post@dbb.berlin. Einzelmitglieder des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin.

**Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

**Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** post@dbb.berlin.

**Anzeigen:** dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0.

**Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacyber@

dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen,

**Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Christiane

Polk, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:**

Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712.

Preisliste 15, gültig ab 1.10.2017. **Herstellung:**

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien,

Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **Layout:** FDS, Geldern.

**Fotos:** wie angegeben. **Titelbild:** © pixabay.com

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die

Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die

Meinung des Herausgebers wieder.



## SPD-Vorstand

# Flickwerk bleibt Programm!

**Der SPD-Landesvorstand will den massiven Personal- und Gerechtigkeitsproblemen im öffentlichen Dienst offenbar weiterhin nur halbherzige Maßnahmen entgegensetzen.**

Bei einer Klausurtagung zur Vorbereitung des Landesparteitags Mitte November konnte sich das Gremium zumindest nicht entschließen, dem wegweisenden Antrag des SPD-Bezirksverbands Pankow zu folgen und hat die darin enthaltenen Forderungen entscheidend eingedampft. Von sofortiger Angleichung der Bezüge der Landesbeamtinnen und -beamten an das Bundesniveau ist keine Rede mehr. Stattdessen glaubt der Landesvorstand ernsthaft, der zugespitzten Personalsituation und den eklatanten Wettbewerbsnachteilen mit zusätzlichen Festbetragszahlungen wirksam begegnen zu können.

Konkret empfiehlt der Antrag eine monatliche Zulage von 150 Euro je Vollzeitstelle und verkennt dabei vollkommen, dass es in der gegenwärtigen Situation nicht darum geht, das Mindestmaß der amtsangemessenen Alimentation vor dem Hintergrund der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu realisieren.

### Gehaltsverzichte endlich ausgleichen

Es ist vielmehr bei Milliardenüberschüssen im Landeshaushalt überfällig, den Berliner Beamtinnen und Beamten endlich ihren einigungsbedingten Gehaltsverzicht zurückzugeben, was ihnen ein SPD-geführter Senat bei entsprechender Haushaltslage auch fest zugesagt hatte.

Fast zynisch muss es deshalb in den Ohren der Betroffenen klingen, wenn in dem Antrag von der Verpflichtung zu großem Dank für die Beschäftigten und von „Anerkennung für geleistete Arbeit und solidarischen Verzicht ... in der Vergangenheit“ die Rede ist. Vertrauen in die Politik gewinnt man mit Phrasen nicht zurück!

### Problematische Festbeträge

Außerdem wissen die Berliner Beamtinnen und Beamten sehr wohl um den zweifelhaften Charakter von Festbeträgen, die sowohl den Leistungsgrundsatz unbeachtet lassen als auch problematisch im Hinblick auf das Abstandgebot zwischen den Besoldungsgruppen und auf ihre Ruhegehaltfähigkeit sind.

Notwendig sind vielmehr die vom dbb berlin immer wieder geforderten dauerhaften Erhöhungen des Grundgehalts, die strukturell dynamisch ausgestaltet sein, zu einer spürbaren Erhöhung der Besoldung und Versorgung für jede Beamtin und jeden Beamten und jede Versorgungsempfängerin und jeden Versorgungsempfänger beitragen und Wettbewerbsneutralität mit dem Bund schaffen müssen.

Bleibt nur zu hoffen, dass der SPD-Landesparteitag eine klügere Entscheidung trifft, als sie der Landesvorstand vorgibt. ■

## „dbb im Dialog“ zu Personalentwicklung, Personalgewinnung und Personalbindung

### Von einem Extrem ins andere

Berlin hat es nach der einigungsbedingt notwendigen Konsolidierung seiner Haushalte verschlafen, rechtzeitig umzusteuern und fällt jetzt von einem Extrem ins andere. Personalpolitisch heißt das, viel zu lange wurde dem Fetisch einer Stellenbegrenzung auf 100.000 im öffentlichen Dienst nachgejagt und rigoroser Stellenabbau betrieben, Personal, das der wachsenden Stadt jetzt bitter fehlt. Darin waren sich alle Beteiligten bei einer Diskussionsveranstaltung mit der Vorsitzenden der Linksfraktion, Carola Bluhm, am 11. Oktober 2018 im Rahmen der Reihe „dbb im Dialog“ einig.

Kein Zweifel bestand auch darüber, dass die mittlerweile bedrohlichen personellen Engpässe ohne eine Angleichung der Beschäftigungsbedingungen an die des Bundes, der in Berlin unmittelbar mit dem Land um den Verwaltungsnachwuchs konkurriert, nicht zu schließen sind. Immer häufiger verabschiedeten sich gut und teuer in Berlin ausgebildete Kräfte in besser zahlende Gebietskörperschaften bzw. treten ihre Ausbildung direkt dort an. Die starre Haltung des Finanzsenators, räumte auch Carola Bluhm ein, zeige hier verheerende Folgen, zumal der vom Berliner Senat immer wieder heraufbeschworene Standortvorteil der Bundeshauptstadt wegen steigender Mieten und knapper Betreuungsangebote für Familien mittlerweile in sich zusammengefallen ist.

#### Glaubwürdigkeit verloren

Gelitten hat insbesondere die Glaubwürdigkeit der Politik, wenn die Landesbeamten mittlerweile sogar den Rechtsweg beschreiten müssen, um gerade einmal in den Genuss einer amtsangemessenen Besoldung zu gelangen, hieß es in der Diskussion.

Zur Angleichung der Beschäftigungsbedingungen zählten überdies auch laufbahnrechtliche Verbesserungen, die den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine langfristige Perspektive bieten, sowie die Verbeamtung der Lehrer. Auf Unverständnis stießen in diesem Zusammenhang die endlosen Grundsatzdiskussionen über den Status der Berliner Lehrer, wenn in der gegenwärtigen harten Konkurrenzsituation alle anderen Bundesländer mit Verbeamtung punkten und Berlin den Unterricht nur noch notdürftig mit Seiteneinsteigern und Kräften ohne pädagogische Ausbildung aufrechterhalten kann.

#### Mangel an Wertschätzung

Carola Bluhm hatte in ihrem Eingangsstatement Fehler der Politik durchaus eingeräumt. Es habe bei der Konsolidierung insbesondere an Mitsprache und



Carola Bluhm (r.) und der stellvertretende Landesvorsitzende Thomas Goiny, der die Diskussion leitete.

Wertschätzung für die Betroffenen gefehlt. Auch sei am Sparkurs viel zu lange festgehalten worden. Jetzt stünden Steuermehreinnahmen in eklatanter Höhe zur Verfügung und alle Versäumnisse, u. a. auch baulicher und technologischer Art, sollen möglichst gleichzeitig nachgeholt werden. Allerdings holten die Sünden der Vergangenheit den Berliner Senat jetzt ein: Wegen Personalmangels infolge der Sparpolitik muss die Realisierung in vielen Fällen lange warten.

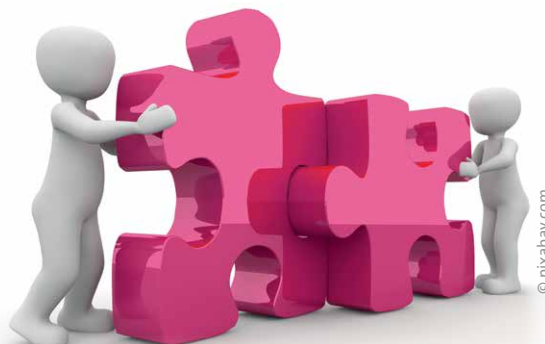
Beklagt wurde von der Fraktionsvorsitzenden auch mangelnde Handlungsfähigkeit in Sachen öffentlicher Dienst. Land und Bezirke zögen nicht an einem Strang, ein für das Personalwesen zuständiger Staatssekretär fehle und der Senat rede die Probleme klein.

„Wir haben unendlich viele Baustellen“, bekannte Carola Bluhm offen und nahm auch die Klage der Diskussionsrunde über zu wenig Rückhalt aus der Politik beim Thema Gewalt gegen den öffentlichen Dienst interessiert auf. Grund genug im Gespräch zu bleiben, meinte auch der stellvertretende Landesvorsitzende Thomas Goiny, der die Diskussion in Vertretung des erkrankten Landesvorsitzenden Frank Becker souverän leitete.

**Bodo Pfalzgraf und Thomas Goiny**

## Zwei Vollblutgewerkschafter im Team der Landesleitung

Langjähriger Erfahrungsschatz und großes Sachwissen in allen beruflichen und personalvertretungsrechtlichen Belangen zeichnet die beiden Vollblutgewerkschafter aus dem Vollzugsdienst, Bodo Pfalzgraf (DPoIG) und Thomas Goiny (BSBD), in der dbb Landesleitung aus.



Der DPoIG-Landesvorsitzende Pfalzgraf, der neben dbb Landeschef Frank Becker das dienstälteste Mitglied in dem Führungsgremium des dbb berlin ist, will sich in dieser Amtsperiode vorrangig auf das Gewerkschaftsmanagement konzentrieren:

„Wenn sich in Berlin jemand mit Mitgliederwachstum auskennt, dann die DPoIG Berlin“, stellt er unter Hinweis auf die positive Mitgliederbilanz seiner Fach-

öffentliche Sicherheit als sein Steckepferd bezeichnet und aus 39 Jahren Polizeidienst und fast 15-jähriger Arbeit an der DPoIG-Spitze um deren immense Bedeutung für das Zusammenleben weiß: „Der Schutz seiner Bürger ist die erste Aufgabe des Staates! Wenn er diesen Auftrag nicht erfüllt, wenden sich die Menschen ab und es droht der Demokratie große Gefahr. Darum sind die sicherheitspolitischen Positionen des dbb nötig“, unterstreicht Pfalzgraf.



Bodo Pfalzgraf



Thomas Goiny

gewerkschaft gegenüber dem hauptstadt magazin nüchtern fest.

„In dieser Amtszeit beim dbb berlin möchte ich deshalb gern das Thema Mitgliederwerbung ins Visier nehmen, denn jedes Neumitglied stärkt unsere Anliegen. Und die sind berechtigt.“

### Demokratie nicht gefährden

Dass Bodo Pfalzgraf natürlich auch Sicherheitsfragen zu den berechtigten Anliegen von allerhöchster Priorität zählt, verwundert nicht bei einem Mann, der

### Staat muss endlich auf Gewalt reagieren

Ein besonders hässlicher Aspekt des Themas steht dabei weit oben auf der Agenda – die Gewalt gegen Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes. „Fachgewerkschaftsübergreifend werden wir weiter ordentlich Druck machen müssen, damit es von Staatsseite einheitliche interne Verfahrensweisen, Fortbildungen und Technikinvestitionen gibt“, zeigt sich Pfalzgraf überzeugt.

Auch Thomas Goiny, der in diesem Jahr neu als stellvertretender Landesvorsitzender gewählt wurde,

nachdem er zuvor bereits eine Amtsperiode lang kooptiertes Mitglied war, leitet eine Fachgewerkschaft und kennt sich mit dem Thema Gewalt besser aus, als ihm selbst lieb sein kann.

Seit 2003 arbeitet er in der JVA Tegel im Strafvollzug, im Gesamtpersonalrat der Berliner Justiz und im örtlichen Personalrat mit. Im dbb Landesbund sucht er unter anderem den Schulterchluss in Sachen Sicherheit.

## **Mehr Zusammenarbeit eingefordert**

„Wer in Deutschland nach mehr Sicherheit und Polizei ruft, darf in letzter Konsequenz auch die Justiz und den Justizvollzug nicht vergessen. Wir werden in die Pflicht genommen, uns in den Haftanstalten um Menschen zu kümmern, die die Gesellschaft am liebsten auf den Mond schießen würde ... Hier muss sich dringend etwas verändern“, fordert Goiny und verlangt konkret: „Die Sicherheitsbehörden müssen viel intensiver zusammenarbeiten und nicht nach parteipolitischen Vorgaben ihre eigene Suppe kochen. Das fängt bei einer einheitlichen Software an und geht über die Personalausstattung aller Dienststellen.“

## **Außergewöhnliche Hilfsbereitschaft**

Der enorme Zusammenhalt und die Kollegialität unter den Beschäftigten im Vollzug und sein langjähriges Engagement in der gewerkschaftlichen Jugendarbeit – von 1999 bis 2001 sogar als stellvertretender Bundesjugendvorsitzender – haben Thomas Goiny nachhaltig geprägt. Seine uneingeschränkte Hilfsbereitschaft kommt dem dbb berlin bei seinen Veranstaltungen und Aktionen immer wieder zugute. „Die Jugendarbeit mit ihren vielen Mitstreiterinnen und Mitstreitern hat mich sehr geprägt“, sagt er selbst. „Die vielfältigen Aktivitäten und Veranstaltungen, die wir durchgeführt haben, waren oft eine Herausforderung, haben gleichzeitig aber auch viel Spaß gemacht.“

Schließlich mag auch die Tatsache, dass der Strafvollzug einen äußerst geringen Stellenwert in der Gesellschaft hat, den stellvertretenden Landesvorsitzenden umso mehr überzeugt haben, wie unverzichtbar ein respektvoller Umgang miteinander ist. „Ich möchte die Menschlichkeit in den Dienststellen erhalten bzw. wiederbeleben. Die Beschäftigten sind kein Spielball der Ideologien, sondern Menschen mit ihren verschiedenen Facetten. Nur eine starke Gewerkschaft kann dies im Endeffekt bewirken.“ ■

## Fachausschüsse gewählt

# Breit aufgestelltes Sachwissen

Beim dbb berlin ist Sachkunde Trumpf! Damit Stellungnahmen fundiert, Forderungen mit guten Argumenten untermauert und Gespräche konstruktiv verlaufen, stehen der Landesleitung acht Ausschüsse und die Tarifkommission zur Seite, die am 16. Oktober 2018 neu besetzt wurden. Das hauptstadt magazin stellt die führenden Köpfe in diesen Gremien in Wort und Bild vor:



### Torsten Jaehne wird Chef der Landestarifkommission

Während sich die Landesleitung in den Ausschüssen besondere Kompetenzen von Mitgliedern der Fachgewerkschaften zunutze macht, bestimmt sie die Leitung der Landestarifkommission aus der eigenen Mitte und benannte Torsten Jaehne (DPVKOM) zum Chef des Gremiums. Zusammen mit seiner Stellvertreterin Synnöve Nüchter (gkl) gehört er damit auch der dbb Bundestarifkommission an. Der Fokus der Arbeit der Landestarifkommission wird zunächst auf der Einkommensrunde 2019 liegen.

### Ausschuss für Satzung und Organisation unter bewährter Führung

In diesem wichtigen Ausschuss haben die Mitglieder auf Kontinuität und Erfahrung gesetzt und Detlef Dames (DSTG) erneut zum Vorsitzenden gewählt. Ihm zur Seite steht als Stellvertreter Helmut Sarwas (DPoIG).

Einstimmige Wahl der alten und neuen Leitung



### Andrea Orhan und Ulf Melchert an der Spitze des Dienstrechtsausschusses

Der Dienstrechtsausschuss des dbb berlin wird jetzt von Ulf Melchert (DJG) als Vorsitzendem und seiner Stellvertreterin Andrea Orhan (gkl berlin) geführt. Der Ausschuss wird unter ihrer Leitung mit den aktuellen Entwicklungen im Berliner Dienst- und Laufbahnrecht ein großes Aufgabenpaket zu schultern haben.

### Gabriela Kasigkeit unterstützt Detlef Dames im Ausschuss für die Rechte der Beschäftigtenvertretung

Auch im Ausschuss für die Rechte der Beschäftigtenvertretung steht Detlef Dames (DSTG und Mitglied im HPR) an der Spitze. Tatkraftig unterstützt wird er von Gabriela Kasigkeit (phv und Mitglied im ÖPR und GPR). Der Ausschuss will vorrangig die Veränderungsprozesse im Berliner PersVG, z. B. die Digitalisierung von Wahlverfahren, begleiten.

Detlef Dames (nicht im Bild) und Gabriela Kasigkeit leiten den Ausschuss







### Ausschuss für öffentliche Sicherheit – mit Fachwissen an die Spitze

Gerichtsvollzieher Markus Oegel (DGVB) und Steuerfahnderin Marita Bartelt (DSTG), zwei, die sich mit dem Thema öffentliche Sicherheit bestens auskennen, wurden als Vorsitzender bzw. stellvertretende Vorsitzende vom Ausschuss für innere Sicherheit gewählt.

### Der Ausschuss für Informations- und Kommunikationstechnik startet durch

Die Themen sind vielfältig, ob eAkte, eGovernment-Gesetz oder Berlin-PC, Andreas Reinert (DPoIG) und Stephan Swientek (BTE Berlin-Brandenburg) haben als neue Ausschussvorsitzende viel vor.

### Dirk Liebe und Holger Schulz haben ein Auge auf die Finanzen

Seriöse Haushaltsführung ist das oberste Ziel von Dirk Liebe (gkl berlin), dem Vorsitzenden des Finanzausschusses (I.), und seinem Stellvertreter Holger Schulz (DPoIG). Beide beraten die Landesleitung bei Haushaltsaufstellung und -vollzug.



### Holger Schulz und Bernd Raue leiten die Seniorenvertretung

Holger Schulz (I.) (DPoIG) und Bernd Raue (DSTG) bilden den neu gewählten Vorstand der Seniorenvertretung des dbb berlin. Der neue Vorsitzende Schulz freut sich auf die regelmäßigen Sitzungen und das Seniorensseminar des dbb berlin am 14. November 2018.



### Auch die Frauenvertretung unter neuer Leitung

Kerstin Gutwasser-Friebel (gkl berlin) ist die neue Vorsitzende der dbb berlin Frauenvertretung (r.). An ihrer Seite steht Daniela Felix (DPoIG), Gesamtfrauenvertreterin der Berliner Polizei, als Stellvertreterin. Die beiden erfahrenen Gewerkschafterinnen wollen der Frauenarbeit neue Impulse geben und planen schon jetzt das nächste Frauenseminar.

## Polizeilaufbahnverordnung

# Situationsgerechte Änderungen

Der dbb berlin hat den Entwurf einer Polizeilaufbahnverordnung (Pol-LVO) grundsätzlich begrüßt. In einem zusammen mit der DPoIG Berlin erstellten Schreiben an Innensenator Andreas Geisel wird die Absicht der Verordnung, die laufbahnrechtlichen Voraussetzungen für den Polizeivollzugsdienst im Hinblick auf den demografischen Wandel zukunftsfähiger zu gestalten, als situationsgerechtes Handeln gewürdigt.

Denn das Land Berlin, so heißt es in der Stellungnahme, stehe bereits jetzt vor erheblichen Schwierigkeiten, auf einem immer stärker umkämpften Arbeitsmarkt ausreichend geeignete Nachwuchskräfte für den Polizeivollzugsdienst zu finden. Nach Einschätzung des dbb berlin sind die vorgesehenen Maßnahmen, wie z. B. die Anhebung der Höchstaltersgrenzen für die Zulassung zum Masterstudium für den Aufstieg, die Öffnung des Laufbahnzugangs für Absolventinnen und Absolventen sonstiger Studiengänge wie Informatik, Elektrotechnik, Wirtschaftswissenschaften oder die neu eröffnete Möglichkeit, zur Deckung eines erhöhten Personalbedarfs vorübergehend Ausnahmen von den Regelungen zum Aufstiegsverfahren zuzulassen, sinnvoll.

Gleichzeitig warnt der dbb berlin allerdings davor, die laufbahnrechtlichen Leistungsanforderungen so stark abzusenken, dass die Qualität der Polizeiarbeit gefährdet wird. Eine leistungsgerechte und wettbewerbsfähige Fortentwicklung der laufbahnrechtlichen Rahmenbedingungen sei daher wichtig.

Auf Unverständnis stößt beim dbb berlin schließlich, dass der Entwurf weiterhin von einem Laufbahngruppensystem ausgeht, das sich auf den mittleren, gehobenen und höheren Dienst erstreckt. Bereits mit dem neu gefassten Berliner Laufbahngesetz von 2011 ist nämlich die Zahl der Laufbahngruppen von vier auf zwei reduziert worden. Die tradierten Laufbahngruppen des einfachen, mittleren, gehobenen und höheren Dienstes waren zeitgleich abgeschafft worden. ■

## Tag der offenen Tür der Polizei Berlin

# Am DPoIG-Stand herrschte Hochbetrieb!

Am 23. September 2018 war Tag der offenen Tür auf dem Polizeigelände in der Charlottenburger Chaussee in Ruhleben, und die DPoIG Berlin hatte keine Mühe gescheut, das interessierte Publikum an einem weitläufigen Stand zu informieren und auch zu unterhalten.



Das umfangreiche Informationsangebot lockte Kolleginnen und Kollegen und solche, die es werden wollen, an. Helium gefüllte Luftballons lösten dagegen bei den Kinder Begeisterung aus. Am Glücksrad hatten schließlich Groß und Klein ihren Spaß.

Auch an prominenten Besuchern fehlte es nicht: Der stellvertretende DPoIG-Landesvorsitzende Helmut Sarwas konnte sowohl Innensenator Andreas Geisel als auch Polizeipräsidentin Barbara Slowik am Stand begrüßen.

Auch der dbb berlin hatte Informationsmaterial beige-steuert und fachliche Unterstützung geleistet mit Standbetreuung und Beratung durch den stellvertretenden dbb Landesvorsitzenden Thomas Goiny. ■

DPoIG-Mitglieder, die den Tag der offenen Tür besuchten, wurden sogar mit einem eigenen VIP-Bereich überrascht und durften sich mit Leckereien verwöhnen lassen.



## Berliner Gymnasien

# Viel Sand im Getriebe!

**Der Schulbetrieb in Berlin krankt auch bei den Gymnasien an akuter Zeitnot des Lehrpersonals, an viel zu großen Klassen, maroden Bauten und mangelhafter Ausstattung der Unterrichtsräume.**

Die stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Philologenverbandes Berlin-Brandenburg (phv), Gabriela Kasigkeit, wünscht sich für ihren Unterricht an einem Gymnasium in Prenzlauer Berg jedenfalls nichts sehnlicher als mehr Zeit für ihre Schülerinnen und Schüler in kleineren Klassen. „Der Lebensraum Schule muss wieder atmen können. In der allgemeinen Hektik des Schulalltags halten mittlerweile Unordnung und Gleichgültigkeit bei den Schülern Einzug, für die Lehrer ist der wichtige kollegiale Meinungsaustausch auf ein Minimum reduziert.“

### Misstände häufen sich

Warum das so ist, weiß Gabriela Kasigkeit genau. Die Misstände haben sich über Jahrzehnte aufgetürmt. Die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte hat durch kontinuierlich wachsende Klassengrößen, umfangreichere Elternarbeit, zusätzliche Aufgaben etwa bei der Integration und der fachlichen Begleitung eines Heeres von Hilfslehrern und Quereinsteigern längst die Belastungsgrenze erreicht. Zusätzlich erschweren bauliche und technische Mängel den Unterricht.

Ein für den Schulbetrieb viel zu schwacher Internetzugang zählt dabei noch zu den kleineren Ärgernissen. Wer aber, wie Gabriela Kasigkeit, in unterschiedlichen Gebäudeteilen der Schule keine kompatible Technologie vorfindet und die veraltete Schulsoftware bei der Unterrichtsvorbereitung am heimischen PC gar nicht mehr nutzen kann, wird ernsthaft in seiner Arbeit behindert.

### Klassenräume werden zu klein

Fatal für den Unterrichtsbetrieb ist natürlich auch, dass die Klassenräume für die zahlenmäßig stark angeschwollenen Klassen deutlich zu klein geworden sind. Der Lärmpegel steigt und die Sauerstoffmelder stehen auf Daueralarm. Umso ärgerlicher, wenn im sanierten Teil der Schule statt zusätzlicher Klassenräume eine große Zahl für den Regelbetrieb kaum nutzbarer Gruppenräume gebaut wurde.



Die stellvertretende Vorsitzende Gabriela Kasigkeit (l.) beim phv

Sand im Getriebe also auch im Zusammenspiel zwischen Schulträger und Schule?

### Keine Mitsprache

„Wir als Betroffene fühlen uns völlig übergangen. Oft werden unsere Anregungen und Wünsche, denen ja praktische Erfahrungswerte zugrunde liegen, nicht einmal einer Antwort gewürdigt“, beantwortet die stellvertretende phv-Vorsitzende die Frage sehr eindeutig. Unter den Verantwortlichen bei Senat und Bezirk wisse anscheinend oft eine Hand nicht, was die andere tue, und von einer vernünftigen Mitsprache der Betroffenen sei man meilenweit entfernt.

Die lange Zeitspanne, die in Berlin zwischen Planung und Realisierung von Schulsanierungen liegt – oft fast zehn Jahre – sorge für zusätzliche Pannen. „Häufig hat die Wirklichkeit das Konzept schon vor seiner Fertigstellung überholt“, beklagt Gabriela Kasigkeit und verweist auf teils unzumutbare Zustände in der Interimsphase. „In einer Berliner Sekundarschule wurden unlängst sogar die Fenster zugenagelt. Sanierungsbeginn ist allerdings erst 2026!“

Zu problematischen Notlösungen gegriffen wird auch bei dem Einsatz von immer mehr Quer- und Seiteneinsteigern für den Unterricht. Denn Methodik und Didaktik sind für diese Hilfskräfte weitgehend Fremdwörter. „An die Schule gehören Spitzenkräfte, denn Bildung ist eine der wichtigsten hoheitlichen Aufgaben, die endlich auch in Berlin als solche akzeptiert werden muss“, zeigt sich Kasigkeit überzeugt. „Auch die Forderung nach Verbeamtung der Lehrer zielt in diese Richtung, wie alle anderen Bundesländer erkannt haben, und lässt sich nicht unter monetären Gesichtspunkten abtun. Erst in zweiter Linie spielt eine Rolle, dass die Nichtverbeamtung in Berlin die Position der Hauptstadt im Nachwuchswettbewerb deutlich erschwert.“



**Die Hacker waren wieder da!**

## Die größte Sicherheitslücke ist der Mensch

**Nach gut einem Jahr haben die „Hacker“ am 17. Oktober 2018 wieder eine dbb Personal- und Betriebsrätekonzferenz bestritten und dem aufmerksamen Auditorium vorgeführt, welche alten und neuen Gefahren in ihren PCs und Handys lauern.**

Die Hacker, das sind Markus Beyer und Raimund Kiess, zwei Fachleute der consecra, die Hackertricks vorführten, denen man schon auf dem Weg zur Arbeit und anschließend auf dem Arbeitsplatz selbst ausgesetzt ist. Informationen über Schutzmechanismen und Gegenmaßnahmen hatten die beiden Experten natürlich auch mit im Gepäck.

„Die größte Sicherheitslücke ist der Mensch, der unvorsichtig und unbedacht mit seinen Daten umgeht“, warnten Beyer und Kiess.

### Nicht aushorchen lassen!

Wer sich etwa von dem freundlichen Herrn in der Bahn über Nachrichten an seinem PC aushorchen lässt, darf sich später nicht wundern, seine Informationen in einer überraschend echt wirkenden Phishingmail wiederzufinden. Eine einfache Sichtschutzfolie für den PC und weniger Vertrauensseligkeit seines Benutzers täten hier gute Dienste. Besonders leichtsinnige Zeitgenossen sollen ja sogar PC und Handy ungeschützt liegen lassen, wenn sie sich im Speisewagen einen Kaffee holen.



Die beiden „Hacker“ in Aktion ...

### Vorsicht vor ungeschütztem WLAN

Nicht viel geringer ist die Gefahr, die in einer kostenlosen öffentlichen WLAN-Verbindung stecken kann. Zumindest sollte jedem User klar sein, dass seine gesamten Daten auf dem Weg zum Server ungeschützt preisgegeben werden und mit einer frei verkäuflichen Pineapple leicht eingefangen werden können. Sorgfältiger Umgang mit den eigenen Daten heißt in diesem Fall, die WLAN-Funktion am Handy ausschalten und für das Internet einen VPN-Tunnel benutzen.



... und das Publikum staunte ...

Phishingmails gefolgt von Internetseiten sind übrigens nach wie vor das Haupteinfallstor für Hackerangriffe. Deshalb sollten unbedingt beide Geräte regelmäßig über einen Virens scanner verfügen.

### Hacker hört mit

Auch wenn beim Handy das Datenvolumen überraschend schnell schwindet oder die Batterie viel zu häufig aufgeladen werden muss, ist meist Gefahr im Verzug. So kann in einem unbeobachteten Moment Spyware auf dem Gerät installiert worden sein, die jetzt jedes gesprochene Wort auf ein Tool des Hackers überträgt. Um eine solche Wanze auf einem Mobilphone zu installieren, bedarf es keiner allzu großen Mühe. Auf einer US-amerikanischen Website wird die zumindest in Deutschland ungesetzliche Software ausgerechnet mit dem Slogan „You have a right to know“ angepriesen, um Kinder, Partner oder Mitarbeiter lückenlos überwachen zu können. Los wird man die Wanze nicht durch bloßes Ausschalten, sondern erst mit einem Antivirenprogramm.

### Einfache Passwörter sind schnell zu hacken

Dringend angeraten wurde von Beyer und Kiess auch ein guter Passwortschutz für Handy und PC. Gut heißt konkret: mindestens acht Zeichen mit großen und kleine Buchstaben, Zahlen und Sonderzeichen. Wörter aus dem Duden oder dem privaten Umfeld lassen sich zwar einfacher merken, sind aber auch viel leichter zu hacken. Als Eselsbrücken empfehlen sich deshalb sogenannte Passphrasen. Dabei handelt es sich um eine Aneinanderreihung von Wörtern, wobei gleiche Buchstaben durch Zahlen oder Sonderzeichen ersetzt werden. Wie das im Falle eines Passworts „beamtenbund berlin“ aussehen könnte, führten die beiden IT-Sicherheitsexperten gleich vor Ort vor: „B34mt3b=nd b3rlln.“

### Kredit- und Bankkarten sichern!

Die Kartenzahlung wird immer bequemer. Mit neuen Kredit- und Bankkarten ist jetzt sogar dank eines eingebauten sogenannten NFC-Chips kontaktloses Zahlen möglich – bei Beträgen bis zu 25 Euro sogar ohne PIN. Allerdings hat dieses bequeme Zahlen einen ganz gravierenden Pferdefuß, der Chip kann mit jedem handelsüblichen Mobiltelefon auf eine Entfernung von etwa 10 cm ohne Weiteres ausgelesen werden.

Wer das weiß, kann sich allerdings auch sehr einfach schützen und die Karten in Alufolie einwickeln. Im Handel werden außerdem Kartenhüllen und komplette Etuis angeboten, die vor dem Datendiebstahl, der sogar aus geschlossener Handtasche funktioniert, schützen. ■



... denn selbst in einem Teddy können böse Überraschungen schlummern.

albern, unreif	poetisch: Biene	Feuchtigkeit	bestimmter Artikel	↓	kleines Wirtshaus, Schenke	US-Nachrichtensender (Abk.)	↓	Pfeifentabak	Vorfahr	↓	Vorsilbe: gegen (griech.)	↓	Ansprache, Vortrag	Auto-bahn-gast-stätte	↓	Braten-beigabe, Soße	gefällig; ein-gebildet				
↳	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	Fisch-fang-gerät	↳	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓				
Fluss zum Rhein	↳	↓	↓	↓	dunkler Tagesabschnitt	↳	↓	↓	↓	○ 4	amerik. Film-legende (James)	↳	↓	↓	↓	jeder ohne Aus-nahme	↓				
Treffen, Sitzung (eng-lisch)	↳	↓	↓	○ 9	↓	↓	↓	weib-licher Wasser-geist	↳	↓	↓	↓	Karten-spiel	↳	↓	↓	↓				
↳	○ 5	↓	Sultanat am Ara-bischen Meer	↓	<p><b>UNSERE GEWINNER</b></p> <p>Je zwei 25-Euro-Gutscheine für eine Vorstellung im Friedrichstadt-Palast, in dem gerade die neue Show „Vivid“ angelaufen ist, haben gewonnen: Gabriele Arendt, 12359 Berlin Bernd Miethke</p> <p>Das hauptstadt magazin wünscht viel Vergnügen!</p>							Fremd-wort-teil: fern	↳	○ 7	↓	↓	↓				
orienta-lische Kopf-be-deckung	sich balgen, prügeln	↓	Einzel-heit	↓								alkali-sche Verbin-dung	↳	↓	↓	↓	Rund-holz, Segel-stange	↓	↓	↓	Gewebe
↳	↓	↓	↓	↓								↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓
nicht vertraut	↓	Einfäll, Gedanke	↓	↓								weib-liches Bühnen-fach	↳	↓	↓	↓	↓	↓	↓	regsam und wendig	↓
↳	↓	↓	○ 3	↓	unge-braucht	Vater (Kose-name)	↓	gefro-renes Wasser	runde Schnee-hütte	↓	Abkür-zung für senior	Bewoh-ner eines Erdteils	↳	↓	↓	↓	↓				
Fecht-hieb	↓	Bei-fügung, kleiner Nachtrag	↳	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	das Ich (latei-nisch)	↳	↓	↓	↓				
↳	↓	↓	↓	↓	○ 1	Arznei-mittel-form	↳	↓	↓	↓	↓	Gebüh-ren-liste	↳	↓	○ 2	↓	↓				
Kurz-wort für Jugend-liche(r)	↓	↓	Evan-gelist	↳	↓	↓	↓	○ 8	Feuer-kröle	↳	↓	↓	↓	Fußball-mann-schaft	↳	↓	○ 6				

## Trinkbecher für unterwegs ...



© dbb berlin

... gibt es dieses Mal bei unserem Preisrätsel zu gewinnen. Gesponsort wurden die formschönen, gut isolierenden und umweltfreundlichen Trinkgefäße von unseren Partnern BBBank und DBV sowie von der dbb jugend.

Wer mitmachen will, muss das Lösungswort bis **16. November 2018** schicken an:

**dbb berlin**  
post@dbb.berlin  
Fax: 030.327952-20

Die Gewinnerinnen bzw. Gewinner werden unter den richtigen Lösungen ausgelost.

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



## Beamte müssen remonstrieren

**Beamtinnen und Beamte tragen die Verantwortung für die Rechtmäßigkeit ihrer dienstlichen Handlungen und haben bei Zweifeln an der Rechtmäßigkeit einer amtlichen Weisung zu remonstrieren.**

Da die Bedenken zunächst beim unmittelbaren Vorgesetzten, dann möglicherweise auch noch bei der nächsthöheren Instanz vorgebracht werden müssen und der Vorgang sich nicht öffentlich abspielt, müssen die Betroffenen entsprechend geschützt werden. Denn der gleiche Vorgesetzte, gegen den ein Beamter gegebenenfalls remonstriert hat, schreibt vielleicht seine nächste Beurteilung.

Der dbb setzt sich deshalb für ein flächendeckendes System von Ombudsleuten oder anderen Schutzmechanismen ein, die es den Beamtinnen und Beamten erleichtern, ihrer Remonstrationspflicht im Bedarfsfall nachzukommen.

Im Bundesministerium des Inneren können Beamtinnen und Beamte bei schwerwiegenden Verstößen bereits anonym einen Ombudsmann einschalten. ■

## Frühstück im Bundestag

**Wichtige Zukunftsthemen für junge Beamtinnen und Beamte und des öffentlichen Dienstes insgesamt wurden beim mittlerweile 10. Themenfrühstück der dbb jugend im Deutschen Bundestag am 23. Oktober unter dem Motto „Beamte – Deal or No Deal“ erörtert.**

Die Vorsitzende der dbb jugend berlin, Vanessa See, nutzte das Zusammentreffen mit Referentinnen und Referenten sowie wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bundestagsfraktionen, um die essenzielle Bedeutung einer bundeseinheitlichen Beamtenbesoldung für die Nachwuchsgewinnung und -sicherung im Berliner Landesdienst zu unterstreichen: „Bund und Land konkurrieren zunehmend im Wettbewerb um ihren behördlichen Nachwuchs“, so die Vorsitzende der dbb jugend berlin unter Hinweis auf die Wettbewerbsnachteile des Landes aufgrund seiner deutlich schlechteren Bezahlung.

Neben Besoldungsfragen wurden Themen der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben, moderne Arbeitsmöglichkeiten und berufliche Entwicklungs- und Aufstiegsperspektiven erörtert. ■